

Institutionalisierung von Wohnen auf Bundesebene zur Förderung ganzheitlicher und vielfältiger Wohnkonzepte

11_01

Maßnahmenübersicht
Option

Andrea Jany

Die Option setzt sich zum Ziel, Wohnraum in Österreich zu begünstigen, der auf das komplexe Geflecht von Interessen, Anforderungen und Bedürfnissen eingeht, zugleich tragfähige, nachhaltige Konzepte entwickelt sowie diese zur Absicherung wissenschaftlich zu begleiten und evaluieren. Einen wesentlichen Bestandteil dieser zukunftsfähigen Wohnkonzepte stellen partizipative Prozesse in transdisziplinären Settings dar. In Form von Kollaboration und Ko-Kreation mit den mannigfachen Akteur_innengruppen kann dem komplexen Geflecht in der Wohnraumproduktion und -bereitstellung begegnet und durch begleitende Forschung können Erkenntnisse und Schlüsse gezogen werden. Das Betrachtungsfeld erstreckt sich vom Neubau bis hin zum aktuellen Bestand. Diese ganzheitliche Ausrichtung fokussiert somit auf die Verbesserung der derzeitigen Wohnsituationen und -produktionen sowie auch auf die Transformation dieser hin zu sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltigem Wohnraum mit resilientem Charakter.

1_Zusammenführen der Zuständigkeiten auf Bundesebene in Form einer Koordinationsstelle

Die derzeit mehrdimensionalen Zuständigkeiten sind auf eine klare Struktur zusammenzuführen. Daraus soll ein österreichisches Leitbild des Wohnens entwickelt und eine interdisziplinäre Wohnbauforschung etabliert werden, die der Komplexität des Wohnens und der Wohnraumversorgung gerecht werden.

2_Flächendeckende Leerstandserhebung für Österreich

Eine flächendeckende Leerstandserhebung zeigt – unter Berücksichtigung von Binnenmigration und Wohnbedürfnissen – die Wohnrealitäten und deren Abweichungen auf Bezirksebene auf. Daraus lassen sich regional und sozial abgestimmte Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnbedarfs für alle ableiten.

3_Entkommodifizierung des Wohnraums

Die Entkommodifizierung entkoppelt den Wohnungsmarkt vom Finanzmarkt und schafft Möglichkeiten für Eigentümer_innen, ihre Liegenschaften zu verkollektivieren und/oder ggf. Gemeinden ein Vorkaufsrecht einzuräumen, statt sie an gewerbliche Bauträger oder Entwicklungsfonds zu verkaufen.

4_Maßnahmen zum menschengerechten Wohnen in psychischer Gesundheit

Derzeit finden Aspekte der psychischen Gesundheit keinen expliziten Eingang in Vorschriften, Regelungen und Indikatoren im Bereich Wohnen. Gezielte Erhebungen und Verknüpfungen psychosozialer Fälle mit deren Wohnsituation und -umgebung können Aufschluss z. B. bzgl. Wohntypus oder Wohngegend geben.

5_Förderung der Sanierung und Erschweren des Abbruchs für Ersatzneubau

Die Förderung des Bestandes senkt die Neubautätigkeiten und mindert die Ausbreitung von Siedlungsflächen.